

Verteilungskampf ums Zusatzgeld

Union und SPD wollen den Jobcentern bis 2021 vier Milliarden Euro zusätzlich geben. Wofür, ist unklar.

Frank Specht Berlin

Der harte Kern schmilzt, wenn auch langsam. Lange verharrte die Zahl der Langzeitarbeitslosen bei mehr als einer Million. 2016 wurde die Marke erstmals unterschritten. Im Januar dieses Jahres waren noch 868845 Menschen länger als ein Jahr ohne Job. Doch will ein neues schwarz-rotes Bündnis - so es denn zustande kommt - wirklich Vollbeschäftigung erreichen, ist auch diese Zahl noch zu hoch.

Union und SPD versprechen deshalb im Koalitionsvertrag, die Jobcenter bis 2021 mit vier Milliarden Euro zusätzlich auszustatten. Doch lässt der Vertrag Raum für Interpretationen, wie das Geld verwendet werden soll. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) warnt davor, es vor allem in einen sozialen Arbeitsmarkt für vermeintlich chancenlose Langzeitarbeitslose zu stecken. Arbeitslose faktisch in den Staatsdienst zu übernehmen und Parks pflegen zu lassen, stelle "keine nachhaltige Lösung dar, sondern eine Kapitulation", schreibt IW-Experte Holger Schäfer in einem Positionspapier. Ifo: Stellenaufbau hält an Den Hauptschlüssel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sieht Schäfer in besserer persönlicher Betreuung. Weil das deutsche Hartz IV-System jedem Einzelfall gerecht werden will, ist mehr als die Hälfte der Vermittler damit beschäftigt, Leistungen auszurechnen und Bescheide zu schreiben. Zudem müssen die Jobcenter immer größere Anteile ihrer Mittel in den Verwaltungsetat umschichten - 2017 laut Bundesagentur für Arbeit (BA) wohl erstmals mehr als eine Milliarde Euro. Geld, das für Eingliederungsleistungen fehlt.

Mit einer Zusatzmilliarde pro Jahr könnten in den Jobcentern mindestens 8 600 neue Stellen geschaffen werden, rechnet Schäfer vor. Dann kämen auf einen Vermittler nur noch rund 100 Hilfebedürftige - 50 weniger, als die Orientierungswerte heute vorsehen. Die Betreuung könnte also deutlich intensiviert werden.

Hauptziel müsse auf jeden Fall die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt bleiben, sagt auch Peter Clever, der den Arbeitgeberverband BDA im Verwaltungsrat der BA vertritt. Tatsächlich könnten die Voraussetzungen kaum besser sein, denn die Firmen stellen weiter ein. Zwar ist das Ifo-Beschäftigungsbarometer, das die Münchener Konjunkturforscher exklusiv für das Handelsblatt berechnen, im Februar leicht auf 113,6 Zähler gesunken. In der Industrie, am Bau und im Handel lässt die Beschäftigungseuphorie etwas nach, nicht aber bei den Dienstleistern.

Damit auch Langzeitarbeitslose von diesem Boom profitieren können, dürften die Einstellungshürden nicht weiter erhöht werden, sagt Clever. Mit den Plänen zur sachgrundlosen Befristung solle auf Druck der SPD aber genau das passieren. Auch nach intensiver Förderung seien viele Langzeitarbeitslose noch auf den guten Willen der Arbeitgeber angewiesen, die nicht wissen könnten, worauf sie sich einließen. Deshalb sei die geplante Einschränkung befristeter Jobs "absolut kontraproduktiv". Auch hätte Clever sich mehr Pauschalen im Hartz-IV-System gewünscht, um die Jobcenter von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

Wie viel zusätzliches Geld am Ende wirklich bei den Betreuern der Langzeitarbeitslosen ankommt, ist unklar. Denn in ihrem Koalitionsvertrag gehen Union und SPD von bis zu 150000 Menschen aus, die auf dem regulären Arbeitsmarkt chancenlos sind. Das entspricht ziemlich exakt der Zahl der Langzeitarbeitslosen, die heute schon fünf Jahre und länger ohne Job sind. Ihnen und Menschen mit gesundheitlichen oder sozialen Problemen will Schwarz-Rot im Falle einer Neuauflage der GroKo mit Lohnkostenzuschüssen den Weg in eine Beschäftigung bei Privatunternehmen, gemeinnützigen Einrichtungen oder Kommunen ebnen.

Auch das kostet aber. "Die vier Milliarden Euro reichen hinten und vorne nicht aus", sagt die Grünen-Sprecherin für aktive Arbeitsmarktpolitik, Beate Müller-Gemmeke. Entweder es könnten nur sehr wenige Langzeitarbeitslose von den Lohnzuschüssen profitieren. Oder die Politik müsse den Jobcentern die dringend benötigten Zusatzmittel vorenthalten.

In einem Bundestagsantrag fordern die Grünen die künftige Regierung auf, öffentlich geförderte Beschäftigung langfristig anzulegen und durch "Passiv-Aktiv-Transfer" zu finanzieren. Passive Leistungen wie das Arbeitslosengeld II werden dabei in Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber umgewandelt. Union und SPD sagen nur zu, dies in den Ländern zu "ermöglichen". IW-Forscher Schäfer warnt aber vor Mitnahmeeffekten bei den Arbeitgebern und davor, dass Langzeitarbeitslose dauerhaft in geförderter Beschäftigung verharren.

Wie viel Geld das Ziel Vollbeschäftigung einer neuen GroKo am Ende wert ist, dürfte auch von Olaf Scholz abhängen. Als Ex-Arbeitsminister schlägt sein Herz für Arbeitslose. Als Finanzminister wäre er aber auch der schwarzen Null verpflichtet.